

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1853**

23.7.1853 (No. 172)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 23. Juli.

N. 172.

Voranzahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.  
Einkaufsgeld: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1853.

## \*\* Die Affaire Kofita.

Kaum schien der blutige Zwischenfall, der zur Entrüstung von ganz Europa von der Flüchtlingsschiffahrt in Smyrna aufgeführt wurde und der zu keiner Zeit für die Pforte hätte ungelegener kommen können, als jetzt, durch deren Einschreiten zur Zufriedenheit Oesterreichs beendet zu sein, als er durch die amerikanische Einmischung eine neue und, man kann wohl sagen, prinzipiell bedeutsamere Gestalt annahm. Man hat Nordamerika, dessen traditionelle, auf natürlichen Bedingungen beruhende Politik sich früher kaum um die politischen Handel Europa's zu bekümmern pflegte, neuerdings verschiedene Anläufe machen sehen, sich in dieselben einzumischen, und die Richtung, nach der es geschieht, ist keineswegs der Art, daß es sich den Dank des europäischen Mutterlandes erworben hat. Wenn die Vereinigten Staaten für die schiffbrüchigen Revolutionäre Europa's Raum haben, und wenn sie ihnen denselben ohne Besorgniß für sich selbst öffnen, so ist dagegen Nichts zu sagen; es ist das eine Sache, die nur sie selbst angeht. Anders aber ist es, wenn Nordamerika sich zum Protektor der revolutionären Flüchtlinge in dem Sinn aufwirft, daß es deren Treiben gegen die europäischen Staaten unter die Fittiche nimmt oder sie in dem Konflikt mit den europäischen Regierungen direkt unterwirft. Wir haben gesehen, daß die Regierung der Union sich Kosuth's und der mit ihm nach der Türkei verschlagenen ungarischen Flüchtlinge annahm und dieselben unter großen Demonstrationen dort abholte und nach Amerika bringen ließ; daß sie dieselben mit Ehren überhäufte, bis sie sich vor dem amerikanischen Volke so sehr kompromittirt hatten, daß man sich ihrer zu schämen anfing. Von diesen Flüchtlingen kehrten manche, unter ihnen Kofita, ein ehemaliger Adjutant Kosuth's, nach der Türkei zurück, obgleich sie durch Neders versprochen hatten, den türkischen Boden nicht mehr zu betreten. Der österreichische Generalkonsul zu Smyrna läßt denselben, wie ihm nach den dortigen Rechtsverhältnissen zusteht, festnehmen, und als darauf die Flüchtlinge ihre Attentat auf österreichische Offiziere ausübt, billigt nicht nur die Pforte das Verfahren der österreichischen Behörden, sondern setzt auch den Gouverneur von Smyrna ab, weil er der meuchlerischen Mordthat, wie er gefolgt, mit Energie entgegengetreten. Da verlangt plötzlich der amerikanische Konsul den Kofita heraus, und der Kapitän eines amerikanischen Kriegsschiffs tritt alle Anstalten, ihn nöthigenfalls mit Waffengewalt, mitten auf fremdem Gebiet, im Hafen einer vor Schrecken zitternden Stadt herauszuholen. Man kennt das vorläufige Abkommen, das getroffen worden; damit ist aber die Sache noch nicht erledigt, und es ist noch nicht zu sagen, wie sie erledigt werden wird.

Unter diesen Umständen scheint es nicht unwichtig, über den Zusammenhang der Sache authentischen Aufschluß wenigstens so weit zu erhalten, als es bis jetzt möglich ist. Dazu dient vor Allem der Briefwechsel, welcher in der Differenz zwischen dem österreichischen Internuntius zu Konstantinopel, Frhrn. v. Brud, und dem amerikanischen Geschäftsträger daselbst, Mr. Brown, geführt wurde, und den wir nach englischen Blättern im Nachstehenden mittheilen.

Es sind drei Briefe. Im ersten sucht Mr. Brown den österreichischen Internuntius, den gefangenen Kofita frei zu geben, da derselbe sich in Amerika habe naturalisiren lassen und Oesterreich abgeschworen habe. Der Brief schließt also:

Es scheint mir, daß, im Falle seine Anwesenheit in Smyrna dem österreichischen Konsul unangelegen war, letzterer im äußersten Falle sich an die Lokalbehörden wegen seiner Entfernung hätte wenden müssen, statt durch ein so beleidigendes und unmenschliches (!) Verfahren den Unwillen der Bewohner von Smyrna, und, wie ich nicht zweifle, auch des Volkes der Vereinigten Staaten zu erregen. Gestatten Sie mir demnach, mich bei Ew. Erz. für Frn. Kofita zu verwenden, und zu fragen, ob es, wenn schon nicht aus schuldiger Achtung für die Regierung des Sultans, dessen Gebiet durch das Benehmen des österreichischen Konsuls in Smyrna so gröblich verletzt wurde (!), doch aus Rücksicht für die Regierung, der Fr. Kofita Treue gelobt hat, Ew. Erz. gefällig wäre, dem Kommandanten des „Huszar“ zu befehlen, daß er auf freien Fuß gesetzt werde, so daß er nach Amerika zurückkehren könne.

Darauf antwortete Hr. v. Brud am 27. Juni:

In Ihrem geehrten Schreiben vom heutigen Datum verlangen Sie die Freilassung eines gewissen Martin Kofita, der am 22. auf Befehl des österr. Generalkonsuls in Smyrna verhaftet wurde. Ich kann Ihre Einmischung in diese Angelegenheit nur einem Mißverständnis von Ihrer Seite zuschreiben, da das fragliche Individuum in Ungarn geboren ist und nie angehört hat, ein österr. Unterthan zu sein, wie aus seiner, in Gegenwart des amerikanischen Konsuls in Smyrna gemachten Erklärung erhellt. Seine Verhaftung geschah somit kraft der Verträge, die meiner Regierung volle und unbeschränkte Jurisdiktion über alle ihre Unterthanen in der Türkei zusichert. Sie werden, Hr. Geschäftsträger, einsehen, wie ganz unmöglich es ist, Ihrer Forderung nachzukommen. Ich bin &c.

Auf diesen Brief kam folgendes Schreiben des Amerikaners vom 29. Juni:

Ich habe soeben Ihren vom 27. d. datirten Brief über den am 21. d. vom österr. Konsul in Smyrna verhafteten Martin Kofita erhalten. Ich bin vollkommen überzeugt, daß das Verfahren, welches der österr. Konsul bei der Verhaftung dieses Individuums einge-

schlagen hat, Ihre Billigung nicht verdienen kann; ich fühle mich auch weiter nicht berufen, über das von Ihnen angeführte Recht Ihrer Regierung über alle ihre eigenen Unterthanen in der Türkei eine Meinung auszusprechen. Doch kann ich mir die Ehre nicht versagen, mich nochmals an Ew. Erz. zu wenden, um die offizielle Vermittlung zu Gunsten jener Person, die ich pflichtschuldigst schon gethan habe, hiemit zu erneuern; und um Ew. Erz. in den Stand zu setzen, die Begründung meiner Forderung besser würdigen zu können, habe ich die Ehre, Ihnen (beigeflossen) die Erklärung zu beschicken, die Fr. Kofita am 31. Juli 1852 in New-York abgegeben hat, worin er seiner Unterthanen-Verbindlichkeit gegen den Kaiser von Oesterreich entsagt, und dafür der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika den Unterthänigkeitsseid leistet (!). Das Recht der Expatriation und Naturalisation ist, wie ich glaube, von der österreichischen wie von allen übrigen Regierungen anerkannt, und es scheint mir, daß die Verhaftung dieses Kofita (ohne wieder auf die Art, wie diese Verhaftung geschah, zurückkommen zu wollen) auf dem neutralen Gebiete der Türkei, und nach seinem geleisteten Bürgereid von der Regierung der Vereinigten Staaten nicht allein als eine sehr bedauerliche Verletzung des Naturalisationsrechtes, sondern nach meiner gethanen Vermittlung auch als ein Mangel an Achtung und Rücksicht gegen meine Regierung angesehen, und daß dieser Eindruck nur schwer entfernt werden dürfte. Ich möchte Ew. Erz. über diese Thatsachen nicht in Unkenntniß lassen, sondern mich durch deren Mittheilung jeder Verantwortlichkeit entheben, die durch die Verhaftung des Kofita und durch die möglicher Weise daraus entstehenden Folgen bei meiner Regierung und meinen Landesleuten zurückbleiben könnte. Erst nach Vorzeigung dieser (beigeflossenen) Erklärung bei dem Konsulate der Vereinigten Staaten von Amerika in Smyrna und bei dieser Gesandtschaft wurde Frn. Kofita ein Zeugnis nach Konstantinopel und zurück nach Smyrna, von wo er sich wieder nach New-York einschiffen wollte, ausgestellt. Seit seiner Ankunft in Smyrna hat er sich in der Türkei unter dem Schutze meiner Regierung aufgehalten; und es gereicht mir zum Vergnügen, bezeugen zu können, daß sein Betragen immer vorwurfsfrei gewesen ist. Seine Anhänglichkeit an sein Geburtsland — das einzige Verbrechen, dessen er angeklagt ist (!) — veranlaßt ihn, sich immer als einen Ungar anzugeben, und zu sagen, daß er auch als Ungar sterben will. Ew. Erz. wollen mir verzeihen, daß ich meine Verwendung für ihn erneuere. Ich bitte Ew. Erz., ihn gefälligst den Lokalbehörden von Smyrna übergeben zu lassen, damit er wieder nach den Vereinigten Staaten geschickt werde. Dieses Verfahren wird, wie ich überzeugt bin, von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten mit Befriedigung aufgenommen werden, und verhindern, daß die traurige und außerordentliche Nachricht von der Verhaftung nicht von neuem Veranlassung zur Unterbrechung jener freundlichen Beziehungen zwischen unsen respekt. Ländern werde, deren Pflege und Ausöhnung ich aufrichtig wünsche. Ich bin &c.

Durch diese Briefschaften wird die Thatsache, wie man sieht, nicht recht klar; Behauptungen stehen gegen Behauptungen, Versicherungen gegen Versicherungen. Nun weist aber Ed. Warrens, geborner Amerikaner und früher längere Zeit amerikanischer Konsul in Triest, im „W. Lloyd“ nach, daß Kofita nach den amerikanischen Gesetzen gar nicht amerikanischer Bürger sein kann, weil dazu, außer gewissen Formalitäten, ausnahmslos ein fünfjähriger ununterbrochener Aufenthalt in den Vereinigten Staaten erforderlich ist, den der ungarische Flüchtling selbstverständlich dort nicht zugebracht haben kann; ferner, daß er keinen nach den amerikanischen Gesetzen gültigen Paß haben konnte, weil nur der wirkliche amerikanische Bürger einen solchen erhalten kann. Somit scheint es, daß Kofita — der, wie es in dem Schreiben des Frn. v. Brud heißt, wirklich sich weder auf sein präntendirtes amerikanisches Bürgerrecht berief, noch einen amerikanischen Paß zu besitzen behauptete — höchstens Legitimationen haben konnte, die, wenn sie nicht fingirt waren, nur untergeordnete Bedeutung haben konnten. Und dafür also hätte sich die amerikanische Intervention geltend gemacht; dafür wäre das Kaufrecht angebrocht worden! Fürwahr, der Fall ist lehrreich. Hoffen wir, daß die jetzt schwebende Untersuchung denselben völlig in's Klare stellen, und daß sie auch jene Winkelzüge aufstellen werde, die der gewaltsamen Einmischung der amerikanischen Agenten zur Beschönigung gedient haben.

## Deutschland.

Δ Heidelberg, 21. Juli. Unsere früher Ihnen gegene Nachricht, daß die hiesige Providenzkirche im Innern neu hergestell werden soll, hat sich als richtig bestätigt; denn durch den Großh. Baumeister Frank sind nun die beschlossenen Arbeiten im Betrage von 7131 fl. 50 kr. ausgeschrieben worden, und durch Submission in Akord begeben zu werden. So viel wir hören, sind die Pläne von dem genannten Baumeister mit großer Sorgfalt und vielem Kunstsinne ausgearbeitet worden, so daß, wenn die Ausführung ihnen entspricht, diese Kirche nicht allein für ihren gottesdienstlichen Zweck würdig hergerichtet, sondern dieselbe überhaupt eine wahre Zierde für unsere Stadt werden wird, die nur wenige größere Bauwerke von künstlerischer Bedeutung aufzuweisen hat. In dem letzteren Interesse ist es nicht weniger gelegen, daß, wie es heißt, nun endlich auch der Thurm an der St. Peter'skirche ausgebaut werden soll. Sind wir recht berichtet, so ist Fr. Frank bereits beauftragt, die beschlossenen Vor-

schläge zu machen, und steht daher in Aussicht, daß der erwähnte Bau wenigstens im nächsten Jahre wird ausgeführt werden können.

Der Ausbau des Thurmes an der Jesuitenkirche, wofür vor einiger Zeit schon eine nicht ganz unbedeutende Summe gezeichnet oder wenigstens zugesichert gewesen sein soll, wird hoffentlich auch nicht mehr lange auf sich warten lassen. Wir wundern uns übrigens, daß, nachdem früher die Sache einmal so lebhaft angeregt worden war, in der letzten Zeit darüber gar Nichts mehr verlautet hat.

Wegen des Neubaus eines gemeinschaftlichen evangelischen Schulhauses, von dem wir Ihnen früher gleichfalls Näheres geschrieben, sind die Unterhandlungen zwischen der Stadt und den zuständigen höheren Behörden noch immer nicht zum Abschluß gekommen; doch sollen sie ihrem Ende nahe sein, und dürfte auch hier in Bälde einem tief gefühlten Bedürfnisse vollkommen entsprochen werden.

Schließlich mag noch bemerkt werden, daß bei dem in letzter Woche hier ausgebrochenen Brande, der die Kunstmühle fast ganz zerstörte, kein Menschenleben das Opfer geworden ist, wie ein früheres Gerücht wissen wollte. Auch sind die dabei vorgekommenen körperlichen Verletzungen an einzelnen Personen ohne bedeutendere Folgen geblieben. Wie es scheint, soll die Herstellung der Kunstmühle, von der einzelne Nebengebäude noch gerettet werden konnten, alsbald in Angriff genommen werden.

Bei diesem Brande hatten wir Gelegenheit, unsere neu organisirte Feuerwehr bei einer ersten Probe kennen zu lernen, in der sie wohl bestanden ist. Ist sie auch von vielen Seiten sehr thätig unterstützt worden, so ist es doch ihrem raschen und zusammenwirkenden Einschreiten vorzüglich beizumessen, daß noch einzelne Nebengebäude der Kunstmühle gerettet und die Nachbarhäuser, die zum Theil in der äußersten Gefahr waren, vom Brand verschont wurden. Ueber die Ursache dieses Brandes ist bis jetzt Nichts bekannt geworden.

Baden, 22. Juli. Gestern sind Se. Durchlaucht der Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen nebst Gemahlin Königl. Hoheit aus Schloß Rumpenheim hier eingetroffen und bei Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Karl von Preußen abgestiegen. In Kürze werden noch andere erlauchte Personen erwartet; überhaupt ist unsere Saison in außerordentlicher Zunahme begriffen, und die Zahl der bereits eingetroffenen Fremden beträgt nach der gestrigen Fremdenliste über 16,000.

\*\* Freiburg, 20. Juli. Gegenwärtig wird an dem hiesigen Münster wieder eines der noch fehlenden Thürmchen am äußern Chorbau aufgerichtet. Es fehlen dann noch fünf, die nach und nach hergestellt werden, und dann ist unser Münster, was den Steinbau betrifft, eiliche Bildsäulen ausgenommen, vollendet.

Δ Aus dem Oberlande, 21. Juli. Wie sehr auch der langdauernde Regen und verschiedene Gewitter den Feldern geschadet haben, so steht doch die ganze Kreszenz auffallend gut. Die Früchte wurden durch die Sonnenstrahlen wieder in die Höhe gezogen, und die Ernte, die bereits begonnen hat, liefert ein, wenn auch nicht übermäßig reichliches, so doch im Kern sehr gutes Resultat. Auch die Reben, ein Hauptkulturzweig des badischen Oberlandes, stehen erfreulich. Die Blüthe ist gleichmäßig von Statten gegangen, und jetzt bei dem darauf folgenden Wachsthum hat das Wetter geringen Einfluß; erhalten wir im August und September heiße Tage, so ist noch ein sehr gutes Weinjahr möglich.

Das nahe Badenweiler füllt sich täglich mehr mit Gästen, besonders nachdem Se. Königl. Hoheit die Saison durch Hochsibire Anwesenheit zu verherrlichen gerubt haben. Bereits zählt die Fremdenliste gegen 1000 Personen, darunter namhafte Männer, z. B. List und Devrient. Unsere überrheinischen Nachbarn, denen Badenweiler befanntlich ein Lieblingsaufenthalt ist, sind wieder sehr zahlreich eingetroffen.

Tübingen, 20. Juli. (W. Sitzanz.) Siderum Vernehmen nach hat der Professor der Theologie und Vorstand der evangelischen Predigeranstalt, Dr. Palmer, einen sehr vortheilhaften Ruf an die durch den Abgang des Dr. Harleß nach München erledigte Oberhofpredigerstelle in Dresden, womit die Leitung des gesammten evangelischen Kirchenwesens im Königreiche verbunden ist, erhalten.

Frankenthal. Die „Pfalz. Ztg.“ berichtet, daß der bekannte Advokat Spaz wegen fortgesetzter Disziplinärverletzungen, namentlich wegen Nichtachtung der gegen ihn verhängten Suspension, in Anwendung der Artikel 102 und 103 des Dekrets vom 30. März 1808 von seinem Amte entlassen worden ist.

Darmstadt, 20. Juli. (Fr. Z.) Heute Nacht 12 Uhr ist ein merkwürdiger Kriminalprozess zu Ende gegangen, der fünf Tage lang den Affenshof beschäftigt und das Publikum in gespannter Aufmerksamkeit erhalten hat. Das Urtheil wurde den vier Angeklagten verhängt; es verhängt über sie sämmtlich die Todesstrafe. Den Philipp Bogt, 25 Jahre alt, und seine 60jährige Mutter, Anna Maria Bogt, geb. Büchner, erkannten die Geschwornen des verabschiedeten Nordes der Katharina Barbara Naups schuldig; den Forstwart Philipp Hef und seine Ehefrau Margaretha, geb.

Naups, der Anstiftung dieses Verbrechens durch Berebung, Gaben und Versprechen von Lohn, diese Beide jedoch nur mit 7 gegen 5 Stimmen; die Mehrheit des Gerichtshofs, welche in diesem Falle zu entscheiden hat, trat der Mehrheit der Geschwornen bei. Die Sache betraf den in öffentlichen Blättern bereits vielfach erwähnten gräulichen Mord zu Seckmauern, einem Dorfe im Odenwalde, unweit der bayrischen Grenze. Man suchte die unglückliche Naups durch Herabstürzen eines mit schweren Steinen belasteten Gefäßes auf das Haupt der Schlafenden zu tödten, auf Anstiften der Hef'schen Eheleute, welche dadurch ein für Unterhaltung der Unglücklichen stipulirtes Kapital von etwa 300 fl. frei benützen wollten, und da die Arme noch nicht todt war, so erwürgte sie am andern Abend der Sohn Vogt auf Anregung seiner eigenen Mutter, die überhaupt als ein böser Dämon in dieser Tragödie erscheint. Die Verhandlung war reich an tragischen, drastischen und an psychologisch interessanten Szenen.

**Frankfurt, 18. Juli.** (W. Sitzung.) Die einseitige und unzeitige Veröffentlichung der Bundesprotokolle am Tage der Sitzungen selbst in Frankfurter Blättern, noch ehe die Regierungen durch ihre Gesandtschaften von dem Inhalte derselben unterrichtet sein konnten, hat Beschwerden jener Gesandten bei dem Präsidialgesandten zur Folge gehabt und dürfte nun vorerst diese Art der Veröffentlichung unterbleiben, dagegen, wie bereits vor einiger Zeit geschehen, die Protokolle selbst als offizielle Artikel in den Frankfurter Blättern veröffentlicht werden.

Unser Senat ist, wie schon erwähnt, vertraulich darauf hingewiesen worden, die hiesigen demokratischen Vereine mehr zu überwachen, und ist demnach eine Verordnung zu erwarten, welche dem wahrhaft zügellosen Treiben mehrerer Vereine ein Ende macht.

In der heutigen Rathssitzung wurde beschlossen, auch beim hiesigen Linienmilitär die schwarz-roth-goldene Kokarde zu beseitigen; Frankfurt ist jetzt der einzige Staat, wo dieselbe noch an den Helmen getragen wird.

**Koblenz, 20. Juli.** Unsere Stadt hatte an J. Kön. Hoheit die Frau Prinzessin von Preußen wegen des Ablebens des Großherzogs von Sachsen-Weimar eine Beileidsadresse gerichtet, auf welche gestern eine Antwort des Prinzen, ihres Gemahls, eingegangen ist, worin aufs herzlichste mit der Versicherung gedankt wird, daß dieser Schritt das Interesse des hohen prinziplichen Paares für Koblenz, das jetzt seine Residenz bilde, nur vermehren konnte.

Die meisten, selbst größeren und wohlhabenderen Orte an der Mosel entbehren zur Zeit noch aller Verbindungen durch Kunststraßen unter sich und mit den übrigen Theilen der Provinz. Ein größeres Projekt, diesem Uebelstande abzuhelfen, hat jetzt endlich die Genehmigung erhalten und besteht darin, daß von Treis aus auf dem rechten Ufer eine Straße durch das Ballethal bis zur Alf und dort über eine stehende Brücke der Mosel nach Wittlich führen soll. Es wird den durch diese Straße berührten Orten damit eine unendlich große Wohlthat erwiesen und ihrem Wohlstande ein mächtiges Förderungsmitel geschaffen; denn bis jetzt kann man aus vielen Ortschaften des Ufers nur mittelst steiler und selbst gefährlicher Bergpfade in das Innere des Landes gelangen.

**Stn, 20. Juli.** Hr. v. Florencourt hat von heute an die Leitung der „Deutsch. Wkshll.“ übernommen.

**Hannover, 18. Juli.** Die Steinacker'sche Angelegenheit ist nun zu Ende. Heute Morgen fand die Wahl des zweiten Predigers in der Kreuzkirche statt. Sie war erforderlich geworden, weil das Wahlverfahren es ausdrückt) die Anstellung Steinacker's unausführbar geworden sei. Es wählten 184 Personen, von denen 121 dem Pastor Richter aus Hannover ihre Stimmen gaben.

**SS Thüringen, 20. Juli.** Gestern gegen Abend brachte ein Extrazug Sr. Maj. den König von Preußen nebst seinem Bruder, dem Prinzen von Preußen, auf der thüringischen Eisenbahn nach Weimar, wo die hohen Reisenden durch den jüngst erfolgten Tod des Großherzogs tief betrübt und die hiesige Familie einen Besuch abstatteten, und von wo sie, begleitet von der bisher in Weimar weilenden Frau Prinzessin von Preußen, gegen Abend nach Erfurt reisten, das der Ankunft des geliebten Königs und seines ritterlichen Bruders in festlichem Schmucke entgegenbarre. Ohne uns auf eine weitläufige Beschreibung der Huldigungen einzulassen, die von allen Seiten und in der verschiedensten Weise den erhabenen Gästen der Stadt dargebracht wurden, berichten wir nur, daß die hohen Herrschaften heute Vormittag Erfurt wieder verließen und sich mittelst Extrazugs in der Richtung nach Kassel weiter begaben. In Gotha wurden die erlauchten Reisenden von dem Staatsminister v. Seebach auf dem Bahnhof ehrfurchtsvoll begrüßt, worauf sich dieselben in die bereit gehaltenen Zimmer des Bahnhofgebäudes verfügten, wo die Frau Prinzessin von Preußen von ihrem Gemahl und des Schwagers Majestät herzlich Abschied nahm, um mit einem bereit stehenden Zuge nach Weimar zu ihrer Mutter, der trauernden Wittve des jüngst verstorbenen Großherzogs, zurückzukehren, während der König und der Prinz von Preußen sich bald darauf nach Kassel weiter begaben, wo auf der Wilhelmshöhe das Nachtlager genommen werden wird. Im Gefolge der hohen Herrschaften befinden sich der Generalleutnant v. Gerlach, der Staatsminister v. d. Heydt und der Hofmarschall Graf Pückler.

**Berlin, 20. Juli.** SS. MM. der König und die Königin von Bayern werden am Freitag, den 22., aus Hamburg wieder hier anlangen, und am Sonnabend, den 23., nach dem Eintreffen Sr. Maj. des Königs aus Westphalen, die preussische Hauptstadt verlassen. Zur Einweihung der westphälischen Verbindungsbahn haben sich im Gefolge des Königs außer den Adjutanten und dem Handelsminister auch der Finanzminister v. Bodelschwingh, der Generalpostdirektor Schmücker und der Direktor im Handelsministerium, Mellin, nach Westphalen begeben.

Die hiesige Zollkonferenz ist in unausgesetzter Thätigkeit

begriffen. Noch liegen derselben nicht alle Berathungsgegenstände vor. Namentlich fehlen noch mehrere der von andern Vereinsregierungen bereits angeforderten Anträge. Die Erörterung der Tariffrage, welche bis jetzt noch nicht begonnen hat, wird aller Voraussicht nach eine nicht unbedeutende Zeit in Anspruch nehmen. Ueberhaupt will man in sonst orientirten Kreisen versichern, daß die Konferenzverhandlungen noch Monate dauern würden.

Das Herannahen der Cholera erregt hier bereits Aufmerksamkeit, und dem Vernehmen nach werden in der nächsten Zeit unsere Kommunalbehörden die Frage wegen Errichtung von Krankenanstalten in ernste Erwägung ziehen. In Danzig ist bis jetzt ein Cholerafall vorgekommen, und zwar auf einem Schiffe. Aus Stettin wird von vier Fällen in der Stadt berichtet. Doch sind seit zwei Tagen keine neuen Erkrankungen zur Anzeige gekommen. Mittheilungen aus St. Petersburg und aus Riga sprechen von einem mächtigen Vorschreiten der Seuche in diesen Städten. Namentlich soll auch das große Uebungslager in der Nähe der russischen Hauptstadt in einem mehr oder mehr bedenklichen Grade von derselben ergriffen werden.

Die täglich zunehmende Festigkeit der Friedensausichten wirkt augenscheinlich sehr wohlthätig besonders auf die hiesigen industriellen Kreise zurück. Die Fabrikthätigkeit ist hier jetzt beinahe in allen Zweigen eine sehr belebte. In einzelnen Richtungen, namentlich bei der Wollenweberei, wird sogar über Mangel an Arbeitskräften geklagt. Die Unternehmungen dieser Art sind seit einiger Zeit mit großen Bestellungen vorzugsweise aus Amerika überhäuft. Als ein sehr gangbarer Artikel für den Verkehr dorthin erscheinen die gewirkten Tücher. Auch von andern Seiten laufen günstige Nachrichten über den Zustand der Fabrikation ein. Auf Sizilien konkurriren rheinische Tücher erfolgreich mit den belgischen, und besonders ist es die vereinsländische Eisenindustrie, deren Absatz nach Italien und den Häfen Kleinasiens neuerdings einen höchst erfreulichen Aufschwung genommen.

Am Montag, den 25., wird hier in Berlin die diesjährige Versammlung des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen eröffnet werden.

Hier eingegangenen Nachrichten zufolge befindet sich der neuerdings in Lindau erkrankte diesseitige Gesandte am königl. bayrischen Hofe, Frhr. v. Bodenberg, bereits wieder entschieden auf dem Wege der Besserung.

Der diesseitige Gesandte am Turiner Hofe, Graf Perponcher, wird allem Anschein nach binnen kurzem seinen dortigen Posten verlassen und vornächst nach Berlin kommen. Daß derselbe als Nachfolger des Frhrn. v. Caniz demnach die Vertretung Preußens am Darmstädter Hofe übernehmen sollte, wird hier als unwahrscheinlich bezeichnet. Man will in sonst orientirten Kreisen wissen, daß wegen einiger zwischen Preußen und der großh. bairischen Regierung obwaltenden Differenzen der Posten in Darmstadt für jetzt noch gar nicht wieder besetzt werden dürfte. Dagegen wird es als naheliegend bezeichnet, daß der Graf Perponcher als diplomatischer Vertreter Preußens bei dem nassauischen Hofe, sowie bei der freien Stadt Frankfurt diejenigen Geschäfte übernehmen dürfte, welche jetzt der Bundestags-Gesandte, Hr. v. Diemar-Schönhausen, interimistisch mitversieht.

Von Seiten des evangelischen D. b. Kirchenraths wird jetzt eine Denkschrift ausgearbeitet (es ist dieselbe nicht mit der früheren, Sr. Maj. dem König überreichten zu verwechseln), welche die Frage wegen der gemischten Ehen beleuchtet und den Konfessionen als Anhaltspunkt dienen soll, sich gutachtlich über diese Angelegenheit zu äußern. Wie wir äußerlich vernehmen, dürfte diese Denkschrift bereits in den nächsten Tagen den Konfessionen zugeführt werden.

**Magdeburg, 19. Juli.** (Fr. P.-Ztg.) Die in Bukau gelegene, sehr bedeutende Maschinenfabrik der Magdeburger-Dampfschiffahrts-Gesellschaft ist in der vergangenen Nacht zum Theil niedergebrannt. In den zerstörten Räumen befanden sich sehr werthvolle Drehbänke. Der Schaden wird nach einer oberflächlichen Berechnung auf ungefähr 100,000 Thlr. berechnet, welcher von der hiesigen, der Raaken-Rüchener, der Gothaer und der kölnischen Feuerversicherungsgesellschaft zu decken ist.

**Dresden, 14. Juli.** (L. Z.) Sr. Maj. der König haben den Oberstleutnant und königl. Flügeladjutanten v. Spiegel, Bevollmächtigten bei der Bundes-Militärkommission zu Frankfurt a. M., zum Obersten ernannt.

\* **Wien, Die „D. Corr.“** bemerkt aus Anlaß der türkischen Ministerkrisis, von der Pforte hänge es jetzt ab, durch Annahme der Vergleichsvorschläge die Verwicklung zu beenden. So eine tel. Dep. der „Allg. Ztg.“. Von anderer Seite wird bemerkt, daß die türkische Ministerkrisis so tief gegangen war, daß außer Reschid Pascha auch der Großvezier abdanken mußte. Beide blieben indes auf die angestrengten Bewerbungen der Gesandten im Amt. Die „Fr. P.-Ztg.“ erfährt, daß bei dem drohenden Stand der Dinge in Konstantinopel die Vereinbarung getroffen wurde, daß zur Beruhigung der türkischen und christlichen Bevölkerung 3 französische und 2 englische Schiffe die Dardanellen passieren sollten, indem sie bei Silivri Anker warfen. Eine kriegerische Demonstration dürfe aber in der Bewegung dieser 5 Schiffe um so weniger gesucht werden, als die beiden Admiralschiffe vor wie nach vor Vespiska-Bai liegen. Aus den Donaufürstenthümern, sowie aus dem Lager Dmer Pascha's fehlen seit einigen Tagen alle Nachrichten. Nach den neuesten Berichten aus Odessa herrscht in dem dortigen Hafen eine außerordentliche Thätigkeit in Bezug auf Kriegsrüstungen. Der russische Geschäftsträger, Hr. v. Dzeroff, den der „Moniteur“ in Konstantinopel wissen wollte, ist bereits in Odessa eingetroffen. — Triester Blätter melden aus Odessa vom 10. d. M., die rebellischen Stämme der Nekrasowje oder Lippowaner hätten sich mit 80 bewaffneten Booten der Festung Ismail zu bemächtigen gesucht. Durch aufgefangene Korrespondenzen von dem Vorhaben in Kenntniß gesetzt, trafen die Russen dagegen noch rechtzeitig die nöthigen Vorkehrungen.

\* **Wien, 19. Juli.** Man gibt sich hier der besten Hoffnung auf eine baldige Ausgleichung des russisch-türkischen Zwistes hin und sieht namentlich in dem raschen Steigen der Kurse in Paris eine neue Bürgschaft für die friedliche Gestaltung der Verhältnisse. Die gesammte Wiener Presse ist der frohe Wiederhall der durch die Friedensausichten erweckten freudigen Stimmung, und darin wird man gewiß gern einstimmen. Auffallen kann nur, wie die Wiener Presse sich nicht mehr um den Modus der eingeleiteten Ausgleichung bekümmert; wie sie nicht eifriger den Spuren nachgeht, die in das Labyrinth der diplomatischen Gewebe führen; wie bei ihr so gar wenig von einer Sorge zu verspüren ist, ob denn auch gewiß das eigene Landesinteresse bei der angestrebten Ausgleichung unberührt bleiben werde. Doch auch darüber glaubt man sich beruhigen zu können, indem man annimmt, daß Das, was nicht auf dem lauten Markt geschieht, desto mehr an der rechten Stelle, durch die Regierung selbst geschehen werde. Daß der k. k. Internuntius in Konstantinopel in dieser Hinsicht Nichts übersieht, kann man von Hr. v. Bruck, dem Mitbegründer des österreichischen „Lloyd“, dem Manne, der sein halbes Leben an den Aufschwung des österreichischen Handels nach dem Orient gesetzt hat, ohnehin voraussetzen. Man bemerkt hier eine fortwährend rege Geschäftigkeit in den Kreisen unserer eigenen und der fremden Staatsmänner; öftere Ministerräthe — ein solcher wurde vorgestern in der kais. Hofburg gehalten — und häufige Konferenzen mit den Gesandten von Rußland, England und Frankreich hängen ohne Zweifel mit der orientalischen Differenz zusammen.

Nachrichten aus Konstantinopel besagen, daß der Sultan, als er die Besetzung der Donaufürstenthümer erfuhr, in die höchste Aufregung gerieth, und wenig hätte gefehlt, so hätte er dem Fanatismus der alttürkischen Partei volle Zügel schießen lassen und die Flotten vor Konstantinopel berufen. Es bedurfte der größten Anstrengungen der Gesandten der vier Großmächte, ihn von diesem Vorhaben abzubringen. Die Alttürken schäumen vor Wuth — die Armen, die nicht begreifen, daß Nichts eher das Reich unvermeidlich ins Verderben stürzen würde, als wenn ihr ohnmächtiger Joch freien Lauf ertheilt!

In Folge des Zoll- und Handelsvertrags vom 19. Febr. d. J. hat die kais. Regierung angeordnet, daß vom nächsten Aug. an im österreichischen Zollgebiet eine neue Form der Waarenklärungen in Wirksamkeit tritt. Diese Form ist jener im Zollverein üblichen so viel möglich gleichgestellt und gewährt im Vergleich mit der bisherigen Praxis eine beträchtliche Erleichterung und Vereinfachung des Geschäftsganges.

### Schweiz.

\* **Aus der Schweiz, 20. Juli.** Wir kommen nochmals auf die Verhandlungen des Nationalraths über die Freiburger Angelegenheit zurück. Bekanntlich waren bei der Bundesversammlung von zwei verschiedenen Seiten Petitionen, betreffend die politische Lage des Kantons Freiburg, eingelaufen. Kantonale Petitionen, hauptsächlich aus Genf, Waadt, Neuenburg und dem Broie-Vezir, verlangten die Wiederherstellung der Verhältnisse des Bundesraths, wodurch die Niederlegung der Kriegsgewalt in Freiburg aufgehoben worden war. Ueber diese Petitionen hat, wie bekannt, der Standesrath bereits berathen, und es endigte seine Berathung mit einer glänzenden Rechtfertigung des Bundesraths, indem James Fazy von Genf für seinen, den Petitionen sich nähernden Antrag bloß 6 Stimmen erhielt. Eine zweite Reihe von Petitionen gegen den Bundesrath geht von der entgegengelegten Seite, von der konservativen Partei, aus. Sie verlangen Aenderung der Freiburger Verfassung, obgleich diese wegen der eigenthümlichen Verhältnisse des Kantons bei Einführung der neuen Bundesverfassung auf die Dauer von 9 Jahren garantirt worden war. Bereits zweimal (1850 und 1852) lag dieselbe Petition der Bundesversammlung vor; beide Male wurde sie abgewiesen. Dieselbe Abweisung (durch Tagesordnung) beantragte jetzt abermals die Kommission des Nationalraths durch ihren Berichterstatter Dr. Escher von Zürich. Das Haupt der Berner Regierung, Blösch, wollte durch einen Antrag den Bundesrath anweisen, „die geeigneten Mittel zu ergreifen, um die Zustände des Kantons Freiburg mit den allgemeinen Grundlagen der Bundesverfassung in Einklang zu bringen“, d. h. im Sinne des Antragstellers: eine Revision der Freiburger Verfassung anzubahnen. Allet schlug vor, zu beschließen, „der Kanton Freiburg möchte, wenn möglich selbst durch Aufhebung des Art. 4 der Uebergangsbestimmungen der Bundesverfassung, in den Stand gesetzt werden, über seine Verfassung abzustimmen oder sie zu revidiren; demgemäß sollte der Bundesrath eingeladen werden, „die geeigneten Mittel zu ergreifen, um dem Volke von Freiburg den Vollgenuß seiner Souveränitätsrechte zu sichern und nöthigenfalls die Rekonstitution des Kantons, nach Einvernahme des Volkes, über die Revision der Kantonsverfassung anzuordnen.“ Weiter trug Gonzenbach darauf an, den Bundesrath einzuladen, „die zur Wahrung des verfassungsmäßigen Wahlrechts im Kanton Freiburg erforderlichen Maßregeln zu treffen.“ Dieser Antrag erregte einen großen Sturm, indem er nicht eigentlich zur Sache gehöre, sondern ein Novum enthalte, welches in einer eigenen Motion behandelt werden müsse. Das Ende der sehr hitzigen und wirren Diskussion ist noch nicht abzusehen; wahrscheinlich aber wird sie mit Annahme des Kommissionsantrags (auf Tagesordnung) endigen, so daß sich die Radikalen wie das Volk in Freiburg von der Bundesversammlung abgewiesen sehen werden. Vorerst erfährt man aus einer telegr. Dep. des „Schw. Mtl.“, daß der oben erwähnte Antrag Allet's mit 71 gegen 23 Stimmen abgelehnt wurde.

### Frankreich.

\* **Paris, 21. Juli.** Durch ein kais. Dekret, welches heute im „Moniteur“ erschienen ist, wird der Einfuhrzoll auf Getreide, welches aus England eingeführt wird, provisorisch aufgehoben. — Der kais. Unterrichtsrath, der durch Dekret vom 12. d. zusammenberufen worden ist, hielt gestern

unter der Präsidentschaft des Hrn. Fortoul seine erste Sitzung. Der Unterrichtsminister besprach die glücklichen Resultate der in den vorhergehenden Sessungen genommenen Maßregeln und entwickelte mehrere neue Vorschläge, die das Unterrichtswesen wiederum verbessern sollen.

Ueber den Stand der orientalischen Angelegenheiten vernimmt man wenig Neues. Bis jetzt verlautet noch nichts Bestimmtes über die Antwort, die der Kaiser von Rußland auf die ihm gemachten Vorschläge gegeben. Die hiesigen Blätter begnügen sich mit dem Nachdruck der englischen und deutschen Artikel und Nachrichten, ohne sich dabei weitem Betrachtungen zu überlassen. Der Glaube an die Erhaltung des Friedens ist allgemein, zumal auch an der Börse, wo die Kurse abermals in die Höhe gegangen sind. 3proz. zuletzt 78.50; 4½proz. 103.15. Paris-Strasburg 925. — Nach der „Patrie“ ist am 17. d. der englische Dampfer „Fury“ mit wichtigen Depeschen für die englische Regierung von Konstantinopel in Marseille angekommen. Ein französischer Dampfer, „Dauphin“, wartete in genannter Stadt auf eine telegraphische Depesche, um sich sofort nach der Levante zu begeben. — Am 17. d. ging von Toulon ein Transportschiff mit Proviant für die Flotte in der Besika-Bai ab. Das Linien Schiff „Jena“ sollte einem Gerüchte zufolge Befehl haben, ebenfalls dorthin abzugeben. Zwei Dampffregatten, die sich auf der Rhede von Toulon befanden, standen im Begriff, zu der Flotte an der nordfranzösischen Küste abzugehen.

Gestern haben die gerichtlichen Verhandlungen in der Angelegenheit der „revolutionären Gemeinde“ vor dem Zuchtpolizeigericht begonnen. Am 12. April d. J. wurden die Personen, die in diesen Prozeß verwickelt sind, verhaftet. Die Anklage lautete auf Theilnahme an einer geheimen Gesellschaft, an deren Spitze mehrere Londoner Flüchtlinge standen; letztere waren während längerer Zeit unter der Direktion des demokratischen Zentralausschusses, trennten sich aber wegen Zwistigkeiten von demselben, und bildeten unter obiger Benennung eine eigene Gesellschaft. Um sich Anhänger zu verschaffen, veröffentlichte sie eine Reihe revolutionärer Schriftstücke, zum Theil von Felix Pyat, Voichot, L. Avril, Rougee und Caussidiere unterzeichnet. Die Zahl der anwesenden Angeklagten beträgt zwölf, worunter ein Schriftsteller, ein Handlungsgehilfe, mehrere Frauen, Schreiner, Schneider etc. Unter den nicht anwesenden Angeklagten befinden sich obengenannte drei ehemalige Volksvertreter, Felix Pyat, Marc Caussidiere und Voichot; der Schriftsteller Ludwig Avril; ein ehemaliger Professor von Montpellier, Rougee; ein Schuhmacher und ein Schreiner. In der gestrigen Sitzung wurden die Zeugen vernommen. Heute wird wahrscheinlich das Urtheil gefällt werden.

Am 18. d. hat vor dem Assisenhof des Drome-Departements nach vorhergegangener neunmonatlicher Untersuchung der Prozeß wegen der Ermordung des Vicomte v. Dampmarin begonnen.

Der Präsekt des Meurthe-Departements hat angeordnet, daß die Arbeiter, die den blauen Montag feiern, in Zukunft bei den Departementalarbeiten nicht mehr beschäftigt werden sollen.

#### Niederlande.

Haag, 18. Juli. (N. Nr. 3.) Die diplomatischen Aktenstücke, deren Veröffentlichung der Minister den Generalstaaten zugesagt hatte, liegen jetzt vor den Augen des Publikums. Sie bestehen aus einer Note (vom 10. Mai 1853) des niederländischen Gesandten in Rom, auf welche die bereits im Auszuge mitgetheilte Antwort des Kardinals Antonelli (vom 1. Juni 1853) ertheilt wurde; ferner aus einer Note des päpstlichen Internuntius in Haag, Belgrado, (29. Mai 1853) an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Ferner wird das Eidesformular, das vor der Konsekration von den für die Sige der Hauptkirchen in den Niederlanden Erwählten abgelegt werden soll, mitgetheilt; in gleicher Weise das Formular des Eides für die Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe und Titularbischöfe; dann eine Note des Mi-

nisters der auswärtigen Angelegenheiten (vom 1. Juni) an den päpstlichen Internuntius, dann die Antwort des päpstlichen Internuntius (vom 4. Juni), welcher ein Eidesformular (aus dem Pontificale Romanum Clementis VIII. ac Urbani VIII. auctoritate recognitum) beigelegt ist; dann die Antwort des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, eine Note des Kardinal-Staatssekretärs Antonelli vom 1. Juni und endlich eine Note des niederländischen Gesandten, in Beantwortung jener letzten römischen Note und welche am 27. Juni das Ministerium an unsern Gesandten in Rom gesandt hat. Wir kommen auf die Entwicklung der religiösen Streitfrage, wie sie in diesen Aktenstücken eines Weitem dargelegt wird, bei passender Gelegenheit zurück, und begnügen uns heute mit einigen Stellen aus der am 27. Juni von hier abgegangenen Note, welche zunächst den Standpunkt des gegenwärtigen Ministeriums zu Rom in Folgendem zeichnet: „Es ist möglich, daß das niederländische Ministerium, welches dem gegenwärtigen Ministerium vorangegangen ist, nicht deutlich genug die Verhältnisse (welche unsere Verfassung begründet und in welche sich die katholischen Organisationen fügen sollten) auseinandergelegt hat und daß in Folge dessen der heilige Stuhl nicht im Stande gewesen ist, die Stellung der religiösen Genossenschaften in den Niederlanden zum Staate zu begreifen.“ Ferner wird hervorgehoben, daß, „was auch der Geist und die Worte der gewechselten Noten gewesen wären; dieselben ja doch Nichts von dem Charakter ratifizirter Uebereinkommen hätten.“ Dadurch sichert sich das Ministerium eine ihm ganz eigene Basis der Unterhandlungen. Zur Sache wird bemerkt, daß die Anerkennung, dem Priestereide für Holland eine andere Form zu geben, welche für einen Staat mit gemischter Bevölkerung passend sei, mit Dank aufgenommen werde; es wird aber dem hinzugefügt: „Es muß bemerkt werden, daß das neue, durch den hiesigen Internuntius überreichte (geänderte) Eidesformular keinen Satz enthält in dem Sinne dessen, den der Papst kraft einer Deliberation des heiligen Kollegiums vom 23. Juni 1791 für die irischen Erzbischöfe angenommen hat.“ Gener Saig lautet: „Ich werde alles Dieses gewissenhaft halten, da ich innig überzeuge bin, daß es Nichts in sich befaßt, was mit der Treue streitet, die ich St. Maj. dem Könige von Großbritannien und Irland und Seinen Nachfolgern auf dem Thron schuldig bin.“ Die Note, die sonst eine sehr versöhnliche Fassung hat, schließt mit der offenen Bemerkung, „daß die Regierung des Königs besser als Jemand anders im Stande ist, zu wissen, was die Ordnung und Ruhe in den Niederlanden stören könne und welche Maßregeln sie danach zu nehmen habe.“

#### Großbritannien.

London, 20. Juli. Die Königin befand sich schon vorgestern wieder insofern wohl, daß sie eine Spazierfahrt in die nächste Umgebung von Osborne machen konnte. Das Unwohlsein Ihrer Majestät scheint somit nicht von einem Masernanfall her zu rühren. Prinz Albert ist ebenfalls ganz hergestellt; doch sind von den königlichen Kindern bis jetzt bloß die beiden jüngsten von den Masern verschont geblieben. In der orientalischen Angelegenheit nichts Neues, außer Rasonnements in den bekannten Tonarten. Dagegen nehmen die in der Affaire Kofka gewechselten Briefschaften, die heute bekannt geworden sind, das Interesse der Presse in Anspruch. „Times“ meint, es sei dabei von allen Seiten gefehlt worden, gibt aber zu verstehen, daß das größte Unrecht auf amerikanischer Seite liege, und bedauert die Schwäche der Türkei, ohne welche der ganze ärgerliche Vorfall nicht hätte stattfinden können.

Consols sind seit heute Morgen um ¼ gewichen, doch scheint dieser Fall keinen politischen Grund zu haben.

#### Rußland.

Petersburg, 15. Juli. Heute früh verließ die kaiserl. russische Flotte, bestehend aus 37 Segeln, die Rhede von Kronstadt, um, wie es heißt, im Finnischen Meerbusen zu manövriren. Der Großfürst-Thronfolger hat die Flotte

vor ihrem Auslaufen inspizirt. — Ueber den Stand der russisch-türkischen Frage verlautete dagegen Nichts; in öffentlichen Kreisen war man darüber wenig oder gar nicht orientirt.

Man schreibt den „Hamb. Nachr.“: „Da das hiesige Kabinett erklärt hat, es wolle die Integrität der Türkei nicht antasten, so erwartet es von den westlichen Kabinetten, daß sie einfach die Pforte zur Annahme des Ultimatums bewegen. Eine Täuschung wäre es übrigens, wollte man annehmen, daß Rußland faktisch auf das politische Schutzrecht verzichte. Formell mag das immerhin geschehen. Thatsächlich ist jedoch im religiösen Schutzrecht und der Gewährleistung der Rechte und Immunitäten der griechischen Kirche das politische mittelst der griechischen Kirchenverfassung mit inbegriffen. Oder sind die Rechte der griechischen Kirche, als: Justizpflege, Steuerrepartition, Gemeindeverwaltung, nicht etwa politische? Das hiesige Kabinett dürfte daher keinen Anstand nehmen, ein Arrangement anzunehmen, das dem Sultan durch Annahme des russischen Ultimatums ein für allemal unter dem Titel „religiöser Garantie“ die Hände dem griechisch-orthodoxen „Staat im Staate“ gegenüber bindet. Dann freilich wird der Friede zwar nicht weiter vorläufig gestört werden, aber Rußland hat seine Forderung durchgesetzt und fraglos den beabsichtigten Sieg errungen.“

#### Neueste Post.

\* Man schreibt aus New-York, 9. d.: Der Fischereisireit scheint wieder in den Vordergrund zu treten, und beschäftigt die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Grade. Es hieß, daß drei amerikanische Kriegsschiffe, die Dampfer „Hulton“ und „Princeton“ nebst einer Schaluppe nach den Fischerküsten beordert werden würden, um das Interesse der amerikanischen Stockfischfänger zu schützen. Commodore Sherbrock steht an der Spitze dieser Expedition. Andererseits hört man, daß der britische Gesandte, Mr. Crampton, der sich auf Besuch in Halifax befindet, den englischen Admiral Seymour zu einem gelindern Verfahren gegen die amerikanischen Fischer zu bewegen unternommen hat.

Wir finden heute nirgendswo eine Notiz, wodurch das gestern erwähnte Gerücht der „Fr. P.“ wegen eines angeblichen neuen Attentats auf den Kaiser der Franzosen bestätigt würde.

In St. Petersburg gab es in der letzten Zeit durchschnittlich täglich 600 Cholerafranke, von denen täglich 45 — 47 starben.

Es unterliegt nun keinem Zweifel mehr, sagt die „Sp. Z.“, daß die nächste Industrieausstellung des deutschen Zollvereins in München stattfinden wird, und zwar ist dieselbe einstweilen mit Genehmigung des Königs von Bayern auf den 15. Juli 1854 festgesetzt.

Man schreibt der „Fr. P.“ von Wien, 19. d.: „Jetzt, wo die gesetzliche Verwaltung Ungarns jener in den andern Kronländern gleichartig festgestellt ist und die Rechte des Besitzthums und der Personen gegen jedwede Willkür gewahrt werden können, hat es die Staatsverwaltung als den angemessenen Zeitpunkt erachtet, mit möglicher Beschleunigung auch das Kolonisationsgesetz zur Vollendung zu bringen, dessen Erscheinen mit nächstem entgegenzusehen werden darf.“ Bereits sind schon viele Meldungen von Auswanderungslustigen aus Bayern, Württemberg und andern deutschen Staaten erfolgt; sie werden sich insofern so lange zu gebulden haben, bis das österreichische Kolonisationsgesetz wirklich erschienen ist.

Der schweizerische Nationalrath ist am 20. d. nach Antrag der Kommission in Betreff der Petitionen wegen der Freiburger Frage zur Tagesordnung übergegangen, und zwar hinsichtlich der konservativen Petition des Cercle national mit 71 gegen 23, und in Betreff der radikalen Petitionen mit 73 gegen 21 Stimmen.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

D.857. So eben ist erschienen und bei S. Braun, Postbuchhandlung, sowie bei A. Diefeld in Karlsruhe vorrätig:

**Die calorische Maschine** von F. Redtenbacher, Professor. Mit sechs lith. Tafeln. Zweite vermehrte Auflage. Preis 1 fl. 45 fr.

D.855. [21]. Karlsruhe. **Zimmer zu vermieten.**

Zwei Zimmer, jedes mit eigenem Eingang, auf die Straße gehend, schön möblirt, können an zwei junge Leute, welche eine Lehranstalt hier besuchen, mit Kost und allen Erfordernissen billig vergeben werden.

Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

**Lehrlingsgesuch.** D.856. [21]. In eine Konitorei und Spezereihandlung wird ein junger Mensch in die Lehre gesucht.

Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

**Gesuch.** D.819. [22]. Waghäusel.

Gute Schlossergesellen finden Arbeit in der Zuckerraffinerie zu Waghäusel.

D.837. [21]. Karlsruhe. **Wirtschafts-Gesuch.**

Wer im Mittel- oder Unter-Rheinland ein gutes Grundstück, als: Hütte, Pflanzungen, Wälder, Schirme, Reisesäcke, Kleidungsstücke, Säde, Häcker, eine Partie Seeroggen u. s. w., gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert; wozu die Lusttragenden eingeladen werden.

Karlsruhe, den 20. Juli 1853. Inspektion Groß. Eisenbahn-Magazine und Werkstätten.

Klingel. vdt. Rutzmann.

D.847. [21]. Ellwangen. **Post-Omnibus** zwischen Heilbronn & Nördlingen.

Es fährt täglich zweimal, und zwar je Morgens 8½ Uhr, und Abends 5¾ Uhr.

ein Post-Omnibus mit Begleitung von königlichen Kondukteurs, und ohne die Wagen zu wechseln, von Heilbronn über Hall und Ellwangen nach Nördlingen zum Anschluß an die beiden ersten Eilzüge nach Nürnberg, Hof, Augsburg und München, sowie auf das Dampfboot in Donauwörth nach Regensburg, Linz etc. Ellwangen, im Juli 1853.

Die Post-Omnibus-Gesellschaft.

D.824. [22]. Nr. 3517. Karlsruhe. **Versteigerung von herrenlosen Reiseeffekten u. Frachtgütern.**

Freitag, den 29. d. Mts., Vormittags 8 Uhr, werden auf dem hiesigen Bahnhof eine große Anzahl herrenloser Reiseeffekten und Frachtgüter, als: Hüte, Pflanzungen, Wälder, Schirme, Reisesäcke, Kleidungsstücke, Säde, Häcker, eine Partie Seeroggen u. s. w., gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert; wozu die Lusttragenden eingeladen werden.

Karlsruhe, den 20. Juli 1853. Inspektion Groß. Eisenbahn-Magazine und Werkstätten.

Klingel. vdt. Rutzmann.

D.850. Im Verlage der Deder'schen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei in Berlin ist jetzt vollständig erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Karlsruhe bei S. Braun, Postbuchhandlung, und A. Diefeld:

**Ämtlicher Bericht über die Industrie-Ausstellung aller Völker zu London im Jahre 1851.**

von der Berichterstattungs-Kommission der deutschen Zollvereins-Regierungen. 3. Bde. 160 Bogen Lexikon-8. geheftet. Preis: 15 fl. 36 fr.

Hieraus einzeln ist noch zu haben:

1. Lief. Einleitung, 1 fl. 30 fr. — 2. Lief. Bergbau, Steinbrüche, Hüttenwesen und mineralische Erzeugnisse, 33 fr. — 3. Lief. Chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, 18 fr. — 4. Lief. Stoffe, die als Nahrungsmittel gebraucht werden und Verwandtes, 27 fr. — 5. Lief. Thierische und Pflanzliche Stoffe zu gewerblichen und häuslichen Zwecken, 1 fl. 6 fr. — 6. Lief. Betriebs-Maschinen und Waagen, 39 fr. — 7. Lief. Bürgerliche Kunst, 15 fr. — 8. Lief. Landwirthschaftliche Geräte, 36 fr. — 9. Lief. Naturwissenschaftliche, musikalische, horologische und chirurgische Instrumente, 1 fl. 12 fr. — 10. Lief. Leinwandwaren, 27 fr. — 11. Lief. Bekleidungsgegenstände, auch Filze, Strohhüte und Gummiwaren und Perücken, 45 fr. — 12. Lief. Glaswaren, 42 fr. — 13. Lief. Porzellan, Steinzeug und gemeines Eisenzeug, 18 fr. — 14. Lief. Möbel, Dekorationen, Tapeten, Papiermache und lackirte Waaren, 24 fr. — 15. Lief. Fabrikate aus Mineralstoffen für bauliche Zwecke oder Verzierungen, 12 fr. — 16. Lief. Arbeiten aus Thier- und Pflanzenstoffen, 12 fr. — 17. Lief. Verschiedene Fabrikate und kurze Waaren, 1 fl. 12 fr. — 18. Lief. Werke der schönen Kunst, 24 fr. — 19. Lief. Schlußbericht: Verlauf und Schluß der Ausstellung, Gesamtresultate derselben, 34 fr.

D.815. [22]. Beuern (Lichtenthal). **Delmühle-Versteigerung.**

Müller Alexander & Co. hier läßt Dienstag, den 2. August d. J., Vormittags 10 Uhr,

im Rathhaus hier seine eigenthümliche Delmühle mit Zubehör, bestehend in einer zweiflügeligen Behausung von Holz, mit Schauer, Stallung und Schoppen, besonders stehender Wäsche und Backhütte, und besonders stehende Delmühle mit Handfriebe, nebst 3 Viertel Paus- und Posttraite, Gemüses, Grasdornen und Ackerpflanz, links und rechts der Dornbach gelegen, einer, Johann Rees und Ottavian Cederle, ander, das Kloster Lichtenthal,

unter annehmbarren Bedingungen zu Eigenthum versteigern.

Die Realität liegt in der schönsten Lage hiesiger Gemeinde; die Mühle hat eine starke Wasserkraft und ist für jedes laufende und andere Gewerbe geeignet.

Sollten sich keine Liebhaber zu Eigenthum finden, wird solche auf sechs Jahre in Pacht gegeben unter annehmbarren Bedingungen. Diese Realität kann auch inzwischen ans der Hand abgegeben werden und wollen sich die Liebhaber hiezu an das Bürgermeisteramt dahier wenden, wo auch die Bedingungen eingesehen werden können, sowohl Eigenthums- als Pachtbedingungen, und haben sich die Liebhaber mit legalen Vermögens- und Leumundzeugnissen auszuweisen. Beuern, den 17. Juli 1853. Das Bürgermeisteramt. M. G. Metz.

